

Werden Bürger nicht gehört?

Von Thomas Staudt

Bei der Diskussion um das nicht unumstrittene Kraftwerk Leppersdorf könnte sich neuer Unmut Bahn brechen. Bei der Vorstellung der Ergebnisse aus der ersten Runde des Beteiligungsverfahrens wurden die Einwände von Bürgern im Wesentlichen als irrelevant eingestuft. Diese Einschätzung traf bei einigen der Gemeinderäte und der anwesenden Wachauer und Leppersdorfer in der gut besuchten Sitzung auf alles andere als vorbehaltlose Zustimmung. Gemeinderat Steffen Jakob sagte, es sei abzusehen gewesen, dass mit den Einwänden der Bürger umgegangen werde, wie jetzt geschehen. Dass man keinen der gemachten Einwände gelten lassen wolle, sei bedenklich. „Im Vorfeld wurde gesagt, dass die Wünsche der Bürger miteinbezogen werden“, so Jakob.

Zuvor hatte Jeffrey Seeck, Geschäftsführer des beauftragten Unternehmens Seecon Leipzig, die Einwände zusammenfassend vorgestellt. Viele davon bezogen sich auf die Belastung der Umgebung mit Giftstoffen. Der Bürgerentscheid von 2006 sei hier bindend und schränke die Standortwahl für das Kraftwerk ein, sagte Seeck. Die einzubauende Filtertechnik sei gesetzlich definiert und sähe die bestverfügbare Technik vor, wobei Anlagen, die noch in der Testphase seien, keine Berücksichtigung finden. Auch auf die Reinigungsstufen komme es dabei nicht an.

Kein Handlungsbedarf

Das Verkehrsgutachten habe ergeben, referierte Seeck, dass der Knotenpunkt der S 95 ausreichend und bis 2020 leistungsfähig sei. Kein Handlungsbedarf auch bei der Lärmschutzplanung. Die prognostizierte Lärmentwicklung liege bei vollem Betrieb des Kraftwerks mit einer Anhebung um maximal zwei Dezibel noch unter dem gesetzlich relevanten Grenzwert, so das entsprechende Gutachten. Ebenso wenig sei ein Wertverfall der Grundstücke, eine Einschränkung des Erholungswerts oder ein Imageverlust für die Region gegeben. Ein weiterer Einwand richtete sich auf die Frage, ob der Energiebedarf nicht auch durch Bioethanol und Erdwärme zu befriedigen sei. Auch hier kam ein ganz klares Nein der Fachleute. Der Energiebedarf sei einfach zu hoch, als dass er durch alternative Energien zu decken sei. Die Träger öffentlicher Belange bemängelten die Unvollständigkeit der Kartierung zum Zeitpunkt der Auslegung, was umgehend nachgeholt werde, versprach Jeffrey Seeck. Das Regierungspräsidium Dresden meldete Bedenken gegen die wenig umfangreiche Diskussion bei der Standortfrage und gegen die Emissionsprognose an.

Zweite Chance für Einwände

Die Hinweise würden nun für die zweite Auslegung in die Planungsunterlagen eingearbeitet. Der emissionsrechtliche Antrag laufe parallel, erklärte Jeffrey Seeck. Einige der Fragen in der anschließenden Diskussion konzentrierten sich auf die zu verwendenden Ersatzbrennstoffe. Woher sie kommen und ob Verlass darauf sei, dass sie nicht aus ganz Europa zusammengekarrt werden. Martin Gump, Müller-Milch-Projektleiter: „Wir haben Vorverträge mit Zulieferern aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bayern. Sie haben zugesichert, dass der Müll aus der Bundesrepublik kommt“.

Der Gemeinderat ließ den Bericht mit drei Enthaltungen und einer Gegenstimme passieren. Sobald die Planunterlagen überarbeitet sind, wird der Rat die zweite Auslegung beschließen. Dann haben die Kritiker eine weitere Chance, ihre Bedenken vorzubringen. Ob sich der Frust bei den Bürgern aus der ersten Auslegungsrunde darauf auswirken wird, muss das Verfahren zeigen.

